

Energiewende verantwortlich gestalten

Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit nennt Minister Duin die Ziele einer erfolgreichen Energiewende.



Die Konsequenzen der Energiewende gehen weit über die Energiewirtschaft selbst hinaus: Energiepolitik hat immer auch Auswirkungen auf die Industrie – besonders im Kernindustrieland Nordrhein-Westfalen. Wie die Energiewende als größtes politisches Projekt in Deutschland gestaltet werden muss, um die Wettbewerbsfähigkeit und die Wettbewerbsposition der Industrienation zu erhalten, diskutierten die Mitglieder des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung

in Essen. In Nordrhein-Westfalen sind 200.000 Bürger_innen in energieintensiven Unternehmen beschäftigt. „Ich glaube, deutsche Energiepolitik darf nicht nur an klimapolitischen Forderungen ausgerichtet werden. Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit sind ebenso wesentliche Faktoren“, sagte der nordrhein-westfälische Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk, **Garrelt Duin** (SPD) in seiner Einführung. Auf dem Werksgelände von Trimet Aluminium in Essen diskutierten neben **Duin, Dr. Volker Lang**, Partner und Mitglied der Geschäftsführung der Managementberatung ATKearney, **Martin Graf**, Vorstand der Energie Steiermark und **Kurt Ehrke**, ehemaliger Vorsitzender Trimet Aluminium. Moderiert wurde die Veranstaltung von Wirtschaftsjournalist **Ulrich Ueckerseifer**.



„Wir haben sehr ambitionierte Ziele – auch im Vergleich zu anderen Ländern. Dennoch wird die Ergänzung durch konventionelle Energien noch für die nächsten Jahrzehnte notwendig bleiben“, sagte

Duin im Hinblick auf den Ausbau der erneuerbaren Energien. Vor diesem Hintergrund müssten energiepolitische Forderungen stets auch von den industriellen Möglichkeiten abhängig gemacht werden. „Vor wenigen Wochen habe ich industriepolitische Leitlinien vorgelegt, für die es noch keinen Kabinettsbeschluss gibt“, äußerte sich der Minister. Die Leitlinien umfassten acht inhaltliche Schwerpunkte und seien als Impulse verfasst. Sie sollen als Grundlage für zukünftiges Handeln bei Themen wie Digitalisie-



rung, Energie und Industrieakzeptanz dienen. „Mit der Industrie und den Gewerkschaften werde ich diese Leitlinien nun diskutieren. Dann gehe ich mit den Anregungen aus dem Dialog ins Kabinett, um mir die Rückendeckung zu holen“, erläuterte Duin. Die Leitlinien seien ein ausdrückliches Bekenntnis zur Industrie und zu ihrer Bedeutung für das Land.

Bei Trimet Aluminium machten die Stromkosten rund 40 Prozent der Gesamtkosten für die Herstellung und Verarbeitung von Aluminium aus. Auf die 3000 Mitarbeiter entfielen nur zehn Prozent. „Wir nehmen daher besonders viel Strom nachts ab, wenn er günstiger ist“, erklärte **Ehrke**. Der Grundansatz für den Produktionsprozess habe sich in den vergangenen Jahren gewandelt. „Wir mussten unsere Produktion flexibilisieren, um weiterhin wirtschaftlich arbeiten zu können“, sagte er und ergänzte mit Bezug auf Rahmenbedingungen wie die Erneuerbare-Energien-Umlage (EEG-Umlage): „Wir können nicht so laufen wie wir gerne würden, aber wir überleben.“



Moderator **Ueckerseifer** bezeichnete die Energiewende als „emotional stark aufgeladenes Thema“. Viele Ziele seien bereits erreicht, doch der Weg dahin, sei nicht immer der effektivste gewesen, äußerte sich Managementberater Lang. Ein Ausbau der erneuerbaren Energien sei gelungen, doch eine Begrenzung der gesamtwirtschaftlichen Kosten wurde bisher nicht erreicht. Im Jahre 2022 sollen die letzten Atomkraftwerke in Deutschland vom Netz genommen werden. „Aktuell liegen wir bei einem Drittel Anteil der erneuerbaren Energien. Ich halte es für richtig, dass nun Ausschreibungen erfolgen, um den Ausbau für einen Anteil von 40 bis 45 Prozent voranzubringen“, machte Duin in der Diskussion deutlich. Doch es müsse auch eine Obergrenze geben. Im Kohleausstiegsgesetz sei schließlich das Jahr 2050 als Zeitpunkt festgeschrieben, zu dem 85 bis 90 Prozent der Energieerzeugung umgestellt sein sollen.

Die deutsche Energiewende bezeichnete der Österreicher **Martin Graf** als wesentlichen Treiber der Energiepolitik in Europa. Er sprach sich für eine Integration der Märkte aus. „Wir müssen die Energieversorgung grenzüberschreitend regeln und dazu nationale Scheuklappen ablegen“, forderte er und bekannte sich zu einer gemeinsamen Preiszone Deutschland-Österreich. Auch Minister Duin sprach die Preispolitik an: „Die aktuelle Vergütung reicht für die Erzeugung herkömmlicher Energien nicht aus. Wir wollen, dass Privatpersonen und Unternehmen bezahlbare Energie bekommen. Billige Börsenstrompreise allein machen uns als Standort allerdings nicht glücklich“, äußerte sich Duin. Die lange Strecke bis zum Atomausstieg müssten schließlich alle Erzeuger überleben – „sonst haben wir ein Problem“, warnte der Minister.



„Das Schöne an der Energiewende ist, dass am Ende alles gut ist“, sagte **Lang**. Durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) sei es beispielsweise gelungen, Innovationen auf der Seite der Stromerzeugung voranzutreiben. „Hier gibt es die Vision, über die Energie in Zukunft auch die Wärmefrage und den Verkehr

günstig zu gestalten“, erläuterte der Managementberater. Der Weg dahin sei schrittweise zu absolvieren. „Es kommt stark auf regionale Bestrebungen und Konzepte an, die an der ein oder anderen Stelle schon existieren“, sagte er. Zu berücksichtigen sei dabei laut Graf, „dass der Verbraucher von morgen ein anderes Energieverhalten haben wird als es heute der Fall ist. Mobilität, Wärme, Kälte, Kühlschrank und Co. – diese Bedürfnisse müssen die Energieerzeuger stillen.“ Er verwies darauf, dass immer neue Unternehmen auf den Energiemarkt drängen. So baue der Automobil-Riese Daimler eine Batteriefabrik auf und das Unternehmen Apple habe angekündigt, seinen Überschussstrom der Rechenzentren in das öffentliche Netz einspeisen zu wollen.

Die Energiewende bezeichnete Graf als unumkehrbaren Prozess. „Doch wir müssen die Zahl der politischen Ziele reduzieren und fokussieren“, ergänzte Lang. Als abschließende Forderung für eine zukunftsfähige Energiepolitik, die Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit berücksichtige, formulierte Duin: „Wir müssen eine Energiepolitik betreiben, die Wachstumschancen und soziale Balance mit einbezieht.“ Das Schlimmste für Investitionsentscheidungen in Unternehmen sei fehlende Planungssicherheit. „Wir müssen auch unbequeme politische Entscheidungen treffen und die aber auch lange durchhalten“, sagte er.



von links: Ulrich Ueckerseifer, Dr. Volker Lang, Martin Graf, Alfred Geißler, Minister Garrelt Duin, Kurt Ehrke

--

Textautor: Marcus Hammes, Journalistenbüro Köln

Redakteur: Jochen Reeh-Schall, Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung

Fotos: Gerhard Müller, GPM Fotodesign Dortmund